

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Regierung will AUVA auflösen Prävention und Absicherung bei Arbeitsunfällen in Gefahr

Das Regierungsmotto, wonach nicht bei den Menschen gespart werden soll, gilt offensichtlich nicht für Menschen, die Opfer eines Arbeitsunfalls geworden sind: Die Regierung will nämlich die Unfallversicherung AUVA abschaffen. „Die AUVA leistet hervorragende Arbeit im Bereich der Prävention, Unfallheilbehandlung, Rehabilitation und Entschädigung. Keine andere Versicherung hat auf diesen Gebieten so viel Erfahrung wie die AUVA. Sie muss daher als eigenständiger Träger mit gesicherter Finanzierung erhalten bleiben“, fordert FSG-Landesvorsitzender Andreas Stangl.

Kürzen auf Kosten der Menschen

Besonders empörend ist das Vorgehen von Sozialministerin Hartinger-Klein. Erst wird eine Frist bis Jahresende für Einsparvorschläge gesetzt, jetzt ist gerade einmal ein Drittel der Frist vorbei, und schon macht die Sozialministerin klar, dass sie die AUVA ohnehin zerstören will. Außerdem sind die geforderten Einsparungen von 500 Millionen Euro völlig unrealistisch, wenn man nicht bei den Leistungen für die PatientInnen und Versicherten kürzen will. Stangl: „Die Regierung will offenbar auf Kosten der Menschen sparen und mutwillig bewährte Strukturen zerschlagen.“

Gesundheit bleibt auf der Strecke

Die Zerschlagung der AUVA würde auch die erfolgreiche Präventionsarbeit der AUVA in Frage stellen. „Das wäre Sparen auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn weniger Prävention bedeutet mehr Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten“, stellt Stangl klar. ■

**Die AUVA muss als
eigenständiger Träger mit
gesicherter Finanzierung
erhalten bleiben**

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

